

WIR EURO PÄER

1/2008

Zeitschrift der Union
Europäischer Föderalisten (UEF),
des Bundes Europäischer
Jugend (BEJ) Oberösterreichs
und des Europahauses Linz

AUSGABE
Dezember 2008

€ 0,75
4010 Linz; Postfach 384

„Die Europäische Union – eine Wertegemeinschaft?“

Beim Europaseminar in St. Magdalena bei Linz führten am 8. November 2008 der Abgeordnete zum Europäischen Parlament Dr. Paul Rübiger und seine Exzellenz der Botschafter von Sarajewo DDr. Michael Weninger (Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten) vor großem Publikum durch die Gedankenwelt der Europäischen Wertegemeinschaft.

Botschafter DDr. Weninger, langjähriger Berater der Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi

Der Kontinent Europa – geografisch gesehen – reicht vom Atlantik bis zum Ural.



Erfreulich ist, dass in der EFB und BEJ/JEF junge Talente für eine qualitative Europainformation sorgen. V. li. n. re: Generalsekretär Günter Lindner, JEF-Vors.-Stv. Barbara Mairleitner und Vizepräsident der UEF Mag. Philipp Agathonos.

gischer Ausrichtung, Interdependenz von Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit (ökosoziale Marktwirtschaft), Integration durch Machttransfer von nationaler Ebene auf eine supranationale Ebene.

Die Europäisierung des Kontinents erfolgt mit einem nach vorne gerichteten Ausgang.

Zur Herstellung der Identität der Bürger mit Europa ist die Kluft zwischen Institutionen, Organen der EU und den Bürgern zu verringern. Dialog und Pluralität sind gefragt und durch ein Europa der Regionen und ein Europa der Bürger durch mehr partizipative Demokratie zu realisieren.

Dr. Paul Rübiger: Europa hat sich prächtig entwickelt

Wir haben die stabilste Währung der Welt, tragen den größten Anteil an Entwicklungshilfe und wir sind der kaufkräftigste Raum der Welt.

Das Zitat von Jean Monnet aus dem Jahr 1952 „Wir einigen keine Staaten, wir bringen Menschen einander näher“ ist auch nur noch bedingt aktuell. Es wurde über viele Jahre hinweg auch ein friedlicher Raum mit Grundfreiheiten und -werten geschaffen. Die Wertvorstellungen, die Kulturen und vor allem die Gemeinsamkeiten mit anderen europäischen Ländern zu entdecken, sind in unserem Europa die Eckpfeiler einer friedlichen Demokratie.

EU-Budget

Das Europäische Parlament hat in erster Lesung das EU-Budget für 2009 beschlossen. Die Prioritäten des Budgets liegen in den Bereichen Wachstum und Wohlstand, Forschung und Entwicklung, KMU-Förderung und Sicherheit der EU-Bürger.

Fortsetzung auf Seite 2



V. li. n. re.: Dr. Franz Seibert dankte Konsulent Josef Bauernberger für die organisatorische Vorbereitung und begrüßte zu zahlreichen Ehrengästen die Referenten seine Exzellenz Botschafter DDr. Michael Weninger und den Abgeordneten zum Europäischen Parlament Dr. Paul Rübiger, der von den 785 EP-Abgeordneten zum „Parlamentarier des Jahres 2008“ gewählt wurde. Die Moderation des Vortragsabends wurde von Dr. Franz Kremaier durchgeführt.

und José Manuel Barroso, hat in seinen Ausführungen Europas Wertegemeinschaft mit drei Städten assoziiert:

JERUSALEM für die Bibel,
ATHEN für die Demokratie,
ROM für das Recht.

Geschichtlich verknüpfen wir Europa mit Otto I., dem Römischen Reich und der Habsburger Monarchie.

Von der Religion her ist Europa vom Christentum geprägt.

1054 war ein gravierendes Jahr für Europa, durch die Trennung in die Ost- und West-Kirche.

Zur Genese der EU kann man sagen, sie ist ein Friedenswerk mit klarer strate-

Entscheidungsfindungsprozedur

Die EU ist eine Summe von Institutionen, Organen die entscheiden.

Auch die EU-Bürger sollen mehr mitentscheiden können – daher die Forderung nach einem Europa der Bürger.



Auch nach den Referaten erfolgte ein reger Gedankenaustausch unter den Gästen. Seine Exzellenz Bischof Maximilian Aichern (Bildmitte) im Gespräch mit den EP-Abgeordneten Dr. Paul Rübiger (re.) und Generalkonsul Dr. Norbert Beinkofer (li.).

Mit 123,8 Mrd. Euro für Zahlungsermächtigungen, also 0,958 % des Bruttonationaleinkommens, bleibt das Parlament erneut unter dem mehrjährigen Finanzrahmen, setzt aber dennoch die zu niedrigen Ansätze des Rates hinauf.

Mehr EU-Mittel für Wirtschaft und Sicherheit

Die Ausgaben für die verstärkte Förderung der Wettbewerbsfähigkeit machen den größten Anteil am Budget aus, die Förderung des sozialen Wohlstands und des regionalen Zusammenhalts sowie der Kampf gegen den Klimawandel gehören auch zu den Prioritäten des Parlaments. Weiterer Schwerpunkt der Fraktion der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Demokraten ist die Sicherheit der Bürger Europas. Die Fraktion konnte erfolgreich durchsetzen, dass das EU-Budget in diesem Bereich um 10 Prozent über den Kommissionsvorschlag hinaus angehoben wird.

EU-Budget 2009 unterstützt Unternehmer und schafft Arbeitsplätze

Mit über zwei Millionen Euro soll die Europäische Union im kommenden Jahr Jungunternehmer und Firmengründer besonders fördern. „Erasmus for Young Entrepreneurs“ ist ein Projekt mit dem Ziel, Jungunternehmern und Firmengründern durch das Angebot von Praktika und Fortbildungs-

gen in ganz Europa neue Erfahrungen mit einem neuen, europäischen Ansatz für ein erfolgreiches Geschäftsleben zu vermitteln.

Österreich erhält 33 Millionen Euro aus dem EU-Budget 2007 zurück

Trotz effektiver Verwaltung und genauer Vorausplanung ergab das Budget 2007 einen Überschuss von 1,5 Milliarden Euro.

Da sich die Europäische Union weder verschuldet noch Budgetüberschüsse be-

Parlaments ist die Überwachung und Prüfung der EU-Finanzmittel.

Jedes Jahr müssen sich sowohl die Kommission als auch andere Organe der EU dem sogenannten Entlastungsverfahren stellen und vor dem Europäischen Parlament die Verwendung ihrer Budgetposten verantworten.

Bei Verdacht auf Unregelmäßigkeiten erstattet die Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF Anzeige bei den nationalen Staatsanwaltschaften, wie es beim österreichischen

Energie

In Zeiten des wirtschaftlichen Wohlstandes und einer globalisierten Geschäftswelt wird die Frage der Energieversorgungssicherheit eine der zentralen Herausforderungen der Europäischen Union.

Die Energieproblematik beschränkt sich aber nicht mehr auf nationale Grenzen, vielmehr bedarf es hier einer EU-weiten, abgestimmten Energiestrategie.

Als ersten Schritt präsentierte die Europäische Kom-



Landesrat Dr. Josef Stockinger war nicht nur aufmerksamer Zuhörer, er überbrachte auch die besten Grüße von Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und brachte in seinem Statement zum Ausdruck, dass es gilt, das Friedensmodell Europa immer von neuem durch ein breites Engagement am Leben zu erhalten.

anspricht, wird Österreich ein Betrag von 33 Millionen Euro rücküberwiesen.

Sorgsamer und kontrollierter Umgang mit EU-Geldern

Eine der wesentlichen Aufgaben des Europäischen

Abgeordneten Hans-Peter Martin der Fall war.

Die zweite und abschließende Lesung des EU-Budgets findet in der Plenarsitzung im Dezember statt.

mission ihr Energiepaket mit dem Ziel, durch mehr Energieeffizienz, mehr Wettbewerb und Förderung erneuerbarer Energieträger eine CO₂-arme

Energieversorgung zu schaffen.

Neben der Bekämpfung des Klimawandels sollen die Abhängigkeit von Importen aus unsicheren Regionen verringert und gleichzeitig Beschäftigung und Wachstum gefördert werden, um somit auch den Zielen der Lissabon-Agenda gerecht zu werden.

Diese ambitionierten Ziele sollen vor allem durch folgende Maßnahmenpakete erreicht werden:

- Die europäische Union soll bis 2020 ihre Energieeffizienz um 20 % verbessern.
- Die Kommission schlägt ein verbindliches Ziel von 20 % Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergiemix bis zum Jahr 2020 vor.
- Die Europäische Union soll ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 % gegenüber dem Stand von 1990 verringern.
- Der Anteil der Biokraftstoffe soll bis 2020 mindestens 10 % betragen.

Es ist auch erklärtes Ziel, Indien und China in eine gemeinsame Energiepolitik einzubinden.

Man muss dem Umstand Rechnung tragen, dass China – nach einer Studie der internationalen Energieagentur – die USA bereits 2010 als größten CO₂-Verbraucher ablösen wird.

Hier wird das Verhandlungsgeschick der Europäischen Union gefragt sein, um eine vernünftige Balance zwischen dem berechtigten Bedürfnis der wirtschaftlichen Weiterentwicklung und einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Energiepolitik herzustellen.

Zur Vertiefung der Gedanken zur EU als Wertegemeinschaft empfehlen wir das von Herrn Botschafter DDr. Michael H. Weninger kürzlich erschienene Buch mit dem Titel: EXPERIMENT EUROPA – Ein meditativer Gang in drei Schritten; erschienen im GLOBArt Verlag, ISBN 3-9502173-2-0 zum Preis von 16,95 Euro.

8. November 2008: St. Magdalena bei Linz

Resolution der EFB ö: „Runder Tisch für Europa“

Die Europäische föderalistische Bewegung Österreichs,

- tief beunruhigt über die negative Einstellung weiterer Kreise der österreichischen Bevölkerung zur Europäischen Union und über die oft unsachliche Diskussion im Zusammenhang mit der Ratifikation des Lissabonner Vertrages;
- angesichts der Weltwirtschafts- und Finanzkrise, die über die rein wirtschaftlichen und finanziellen Probleme hinaus geeignet ist, zu großen innerstaatlichen politischen Belastungen für die Demokratie und den sozialen Frieden zu führen;
- im Bewusstsein der großen Bedeutung der EU-Politik für die Krisenbewältigung und damit für die Zukunft im Allgemeinen und für Österreich im Besonderen;
- im Hinblick auch auf die im kommenden Jahr bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament
- und unter Bedachtnahme auf die durchwegs EU-positiven und klaren Antworten der SPÖ und ÖVP auf die Fragen der Europäischen Föderalistischen Bewegung im Zuge der kürzlich stattgefundenen Nationalratswahlen

erwartet von der neu zu bildenden Bundesregierung

- ein klares und umfassendes Bekenntnis zur Europäischen Union und dem bereits ratifizierten Lissabonner Vertrag, der trotz mancher Mängel ein Mehr an Demokratie, ein Mehr an Effektivität und ein Mehr an Rechten für die europäischen Bürger bringt;
- einen aktiven und initiativen Beitrag zu Weiterentwicklung der EU unter Bedachtnahme auf sowohl österreichische als auch gesamteuropäische Interessen und unter Einbeziehung der österreichischen Bevölkerung, der politischen Parteien, der Inter-

essenvertretungen und der Zivilgesellschaft;

- einen aktiven und initiativen Beitrag Österreichs zur Überwindung der gegenwärtigen Krise unter Berücksichtigung der globalen ökologischen Herausforderungen und Ziele;
- einen energischen und wirkungsvollen Einsatz für die Weiterentwicklung und Ausgestaltung der sozialen Dimension der EU;
- mehr Transparenz sowohl über das Verhalten der österreichischen Vertreter in den Organen der EU, insbesondere in den Ministerräten, als auch über die Tätigkeit dieser Organe unter Einbeziehung insbesondere der österreichischen Zivilgesellschaft und des ORF als wesentlichen Teil seines öffentlichen Auftrages;
- mehr Information und Kommunikation über alle Angelegenheiten der Europäischen Integration im Allgemeinen und der EU im Besonderen unter Mitwirkung der österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament und in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Österreich und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft;
- die Einrichtung eines „Runden Tisches Europa“, bei dem regelmäßig aktuelle Fragen der EU unter Teilnahme von Vertretern der politischen Parteien, interessierter Interessenvertretungen, der Zivilgesellschaft und von Abgeordneten zum Europäischen Parlament behandelt werden können;
- die verstärkte Verankerung einer EU-bezogenen politischen Bildung auf allen Bildungsebenen einschließlich der Erwachsenenbildung;
- die Behandlung von Änderungen des EU-Vertragswerkes entsprechend den relevanten Bestimmungen der Bundesverfassung.

Die Europäische föderalistische Bewegung Öster-

reichs erwartet, dass die vorstehenden Forderungen in die Regierungserklärung der neu zu bildenden Bundesregierung Eingang finden, deren Kernstück etwa wie folgt lauten könnte:

„Die Bundesregierung bekennt sich vorbehaltlos zur Europäischen Integration, wie sie in der Europäischen Union ihren Ausdruck findet. Sie bekennt sich weiters zu dem von Österreich bereits ratifizierten Lissabonner Vertrag, für dessen ehestmögliches Inkrafttreten sie sich einsetzen wird.

Die Bundesregierung wird aktiv und initiativ für eine Weiterentwicklung der EU eintreten, wobei sozialen und ökologischen Fragen besondere Priorität zukommt. Soweit dabei Änderungen des EU-Vertrages notwendig werden, wird sie deren Ratifikation entsprechend den verfassungsrechtlichen Geboten und Möglichkeiten vorschlagen, wobei auf gerechtfertigte verfassungs- und europapolitische Überlegungen Bedacht zu nehmen sein wird.

Die Bundesregierung ist sich bewusst, dass die österreichische Bevölkerung erwartet, in alle Angelegenheiten der EU verstärkt unmittelbar einbezogen zu werden. Sie wird sich daher für mehr Transparenz sowohl der Tätigkeit der Organe der EU als auch der Vertreter Österreichs in diesen Organen einsetzen.

Zu diesem Zweck wird sie die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verstärken und einen „Runden Tisch Europa“ einrichten, in dem regelmäßig aktuelle Angelegenheiten der EU mit Vertretern der politischen Parteien, von Interessenvertretungen und der Zivilgesellschaft gemeinsam mit Abgeordneten zum Europäischen Parlament behandelt werden sollen.“

Europa ist die Friedensidee des 20. Jahrhunderts und die Zukunftsidee des 21. Jahrhunderts.

11.–13. Juli 2008

Europaforum Neumarkt

Unter dem Titel „Europa der Regionen – Die Rolle von Ländern und Regionen in der erweiterten EU“ fand vom 11. bis 13. Juli 2008 das Europaforum Neumarkt der Europäischen Föderalisten gemeinsam mit dem BEJ/JEF statt. Verteilt über drei Tage wurden verschiedene aktuelle europäische Themen behandelt.

Ort: Karl Brunner Europahaus, Schloss Forchtenstein, Schlossleiten 6, A-8820 Neumarkt/Steiermark

Programm:

Europaforum Neumarkt 2008

Freitag, 11. Juli 2008

19.00 Uhr: Eröffnung des Europaforums durch den Präsidenten der Europäischen Föderalisten Friedhelm FRISCHENSCHLAGER

19.15 Uhr: „Was ist eine Region? Was kann sie in der EU leisten?“ mit Michael JÖRGER von der Europäischen Akademie Bayern (Deutschland)

Samstag, 12. Juli 2008

09.00 Uhr: „Internationalisierung als Chance für steirische Unternehmen“ mit dem steirischen Landesrat Christian BUCHMANN

11.00 Uhr: „Die Bedeutung der Landtage in der Europapolitik“ mit dem steirischen Landtagspräsident Siegfried SCHRITTWIESER

15.00 Uhr: „Der Ausschuss der Regionen – Eine Zwischenbilanz“ mit dem ehemaligen Salzburger Landeshauptmann Franz SCHAUSBERGER

16.30 Uhr: „EU-Vorhaben in den Bereichen Verkehr und Tourismus – Welchen Nutzen haben die Regionen?“ mit MEP Jörg LEICHTFRIED

18.00 Uhr: Ehrungen und Festveranstaltung mit WKO-Präsident und Ehrenpräsident der Europäischen Föderalisten Christoph LEITL, Friedhelm FRISCHENSCHLAGER und dem steirischen Landtagsabgeordneten Erich PRATTES

Sonntag, 13. Juli 2008

9.00 Uhr: „Nach dem irischen ‚Nein‘, wie geht es weiter?“ mit dem Leiter der Europaabteilung des Landes Rheinland-Pfalz Otto SCHMUCK

11 Uhr: „Die Bedeutung der Regionen in den neuen EU-Staaten“ mit dem Präsident des Komitatus Baranya (Ungarn) Janos HARGITAI, Prof. Ágnes BORGULYA der Universität Pécs (Ungarn) sowie Dr. Andrej HORVAT von der Universität Primorska (Slowenien)

Europäische Union hat Akzeptanzproblem

Europaforum Neumarkt 2008 befasste sich mit der Frage: Kann ein Europa der Regionen Problemlöser sein?

Im Frühjahr wurde beim negativen Referendum in Irland zum Vertrag von Lissabon einmal mehr deutlich: „Die Europäische Union (EU) hat ein latentes Akzeptanzproblem.“ Ob und inwieweit die Regionen die EU den Menschen näherbringen können, stand im Mittelpunkt der Beratungen beim Europaforum Neumarkt im Europahaus Neumarkt auf Schloss Forchtenstein i. d. Steiermark.

Die Auffassung, die EU sei zu bürokratisch und zu zentralistisch, ist weit verbreitet. Demgegenüber bieten die Regionen – wie auch die Kommunen – den Vorteil der Überschaubarkeit und der Bürgernähe. Was liegt also näher als eine starke Stellung und eine verbesserte Mitwirkung der Regionen, zu denen in Österreich und Deutschland die Bundesländer gehören, in der EU zu praktizieren.

Über 100 TeilnehmerInnen aus acht europäischen Staaten diskutierten Mitte Juli 2008 drei Tage im Europahaus Neumarkt über die EU-Regionalpolitik und auch über die aktuelle politische Situation nach dem gescheiterten Referendum in Irland zum Vertrag von Lissabon.



Dr. Friedhelm Frischenschlager

In seiner Eröffnungsrede sah der Präsident der Europäischen Föderalistischen Bewegung Österreich Dr. Friedhelm Frischenschlager eine Chance, durch ein „Europa der Regionen“ die Ent-



Moderatorin Mag. Sabine Radl (li.) und Landesrat Dr. Christian Buchmann (re.)

wicklung der EU positiv zu beeinflussen. Dies gelte auch und insbesondere für Österreich. Hier sei die Europastimmung im Vergleich aller EU-Staaten seit einiger Zeit besonders kritisch. Deshalb müsse nach Ansätzen zur Überwindung der Vertrauenskrise gesucht werden. Die Vorträge und Diskussionen sollen zu neuen Erkenntnissen beitragen.

LR Buchmann: Regionen profitieren von der EU

Die europäische Einigung ist für die heimische Wirtschaft eine Erfolgsgeschichte. Die Unternehmen orientieren sich zunehmend an den Märkten in den anderen EU-Staaten. Auch die Menschen profitieren davon. Denn rund die Hälfte aller Arbeitsplätze hängt in den industrialisierten EU-Staaten vom Export ab. Landesrat Dr. Christian Buchmann belegte diese Zusammenhänge für die Situation in der Steiermark. Hier sei die Arbeitsquote besonders hoch. Jährlich würden Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 16 Mrd. Euro exportiert. Die Erfahrung zeige, dass steirische Unternehmer besonders dynamisch seien. Die Landesregierung unterstütze vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen dabei, sich auf neuen Märkten zu engagieren. Im Hinblick auf die aktuelle Europastimmung äußerte auch Landesrat

Buchmann seine Sorgen über die europäischen Entwicklungen in Österreich. Das Einigungsprojekt dürfe nicht – wie dies vielfach hier geschehe – bei jedem kleineren Problem grundsätzlich in Frage gestellt werden. Notwendig sei vielmehr ein belastbarer europäischer Grundkonsens.

Eine einheitliche und allseits akzeptierte Definition der Region gibt es in der EU nicht. Michael Jörger von der Europäischen Akademie Bayern stellte verschiedene Konzeptionen vor. Diese reichen von der Kulturregion über die Wirtschaftsregion bis hin zur Verwaltungsregion. In der EU komme vor allem auch den Grenzregionen, die häufig auch als „Euregios“ bezeichnet werden, besondere Bedeutung zu. Denn hier werden die Vorteile der europäischen Einigung besonders deutlich. Früher waren diese Regionen durch ihre Grenzsituation besonders benachteiligt mit der Folge von hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung. Heute erleben diese Regionen durch die offenen Grenzen und die besondere EU-Förderung einen kaum geahnten Aufschwung. Im Hinblick auf die Akzeptanzproblematik verspricht eine Verbindung der beiden Entscheidungsebenen EU und Region positive Effekte. Denn viele Probleme können nur noch gemeinsam



Die Demonstranten kamen mit einem Teppich vors Schloss.

im europäischen Rahmen gelöst werden. Gleichzeitig müssten die vereinbarten Ziele von den Regionen – und vielfach auch von den Kommunen – im EU-Rahmen mitgetragen und umgesetzt werden. Dies werde beispielsweise beim Umweltschutz deutlich.

Demonstration der Bürgerinitiative vor den Toren des Europahauses – Verwalterin als „Burgdrache“ bezeichnet

Europa wächst zusammen. Grundlage dafür ist das Vorhandensein guter Verkehrsverbindungen. Dies betrifft sowohl die Bahn- als auch die Straßen- und die Flugverbindungen. Doch nicht immer stoßen die Pläne für bessere und schnellere

Forchtenstein auf Privatgrund, ohne vorher das Einverständnis mit der Verwaltung herzustellen.

Die Bürgerinitiative setzte das Schloss in einen Belagerungszustand und forderte die Aufgabe von Plänen zum weiteren Ausbau der vierspurigen Straße zwischen Judenburg und Klagenfurt.

Als die Verwalterin des Schlosses, Frau Christa Hofmeister, darauf hinwies, dass sich die Demonstranten auf Privatgrund befänden und somit ein Eigentumsdelikt setzten, wurde sie schlichtweg als „Burgdrache“ bezeichnet.

Zwischen den Mitgliedern der Bürgerinitiative und WKÖ-Präsident Dr. Christoph Leitl kam es dann zu einer emotional geladenen Aussprache.



Dr. Christoph Leitl und Mitglieder der Bürgerinitiative bei angeregter Diskussion

Strecken auf ungeteilte Zustimmung der Bürger. Mitglieder einer Bürgerinitiative demonstrierten vor dem Schloss

Anschließend wurden die Mitglieder der Bürgerinitiative in das Schloss zum Europaforum gebeten. Mit den ReferentInnen des Forums ergaben sich heftige, im Ergebnis aber durchaus fruchtbare Diskussionen.

Der **Europaabgeordnete Jörg Leichtfried**, seit Juni



Michael Pfeifer (li.) und MEP Mag. Jörg Leichtfried (re.)

2004 Mitglied im Verkehrs- und Tourismusausschuss des Europäischen Parlaments, informierte darüber, dass die EU keineswegs einseitig den Ausbau des Straßenverkehrs fördere. Im Gegenteil gingen 90 Prozent der gewährten Zuschüsse in den Schienenverkehr. Auf viele Fragen im Hinblick auf die künftige Entwicklung der Verkehrsströme gebe es noch keine Antwort. Derzeit werde intensiv untersucht, inwiefern die Verkehrsströme durch die Einhebung einer Maut gesteuert werden können. Auf großes Interesse der Zuhörerinnen und Zuhörer stieß in diesem Zusammenhang die Einschätzung des Europaabgeordneten, dass die von Slowenien am 1. Juli eingeführte Halbjahresvignette für Privat-Pkw seiner Ein-

über die Bedeutung der Regionen in den neuen EU-Staaten. In Ungarn seien nach der politischen Wende 1990 die früheren 19 Komitate zu nunmehr 7 Planungsregionen zusammengefasst worden. Dort habe man leistungsfähige Ämter für die regionale öffentliche Verwaltung eingerichtet. Deren Aufgabe sei es unter anderem, die erheblichen EU-Fördermittel zu verwalten und zu kontrollieren. Ungarn erwarte im Förderzeitraum 2007 bis 2013 insgesamt knapp 25 Mrd. Euro, die u. a. für Projekte der räumlichen und ländlichen Entwicklung, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit für die Aus- und Fortbildung sowie für den Umweltschutz verwendet werden.

Instrumente der regionalen Mitwirkung

Ausführlich wurden die Einflussmöglichkeiten und Handlungsinstrumente der Regionen in der EU besprochen.

Der steirische **Landtagspräsident Siegfried Schrittwieser** stellte die Bedeutung der Landtage in der Europapolitik vor. Grundsätzlich gelte noch immer die These, dass die Regierungen die Gewinner der europäischen Einigung seien, während die Parlamente der verschiedenen Ebenen von der EU-Entwicklung abgekoppelt seien. Allerdings würde der Vertrag von Lissabon die Stellung der nationalen Parlamente im Hinblick auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips deutlich verbessern. Voraussetzung sei allerdings, dass dieser Vertrag tatsächlich in Kraft trete.

Fortsetzung auf Seite 6



Prof. Dr. Ágnes Borgulya

schätzung nach nicht EU-Rechtskonform sei und zurückgenommen werden müsse.

Die **Professorin Dr. Ágnes Borgulya** von der Universität Pécs in Ungarn informierte



Moderator Mag. Christian Mandl (li.), Landtagspräsident Siegfried Schrittwieser (Mitte), Max Wratschgo (re.)

Zum Thema „Der Ausschuss der Regionen – Eine Zwischenbilanz“ berichtete

Landeshauptmann a. D. Univ.-Doz. Dr. Franz Schausberger, langjähriges Mitglied des Ausschusses der Regionen (AdR) über die intensive Mitarbeit des AdR bei der Ausarbeitung der Europäischen Verfassung. Sechs Mitglieder des AdR hätten zahlreiche Vorschläge im Verfas-

Leistungen sachgerecht zu informieren. Das bekannte Spiel „Das Gute habe ich getan, für das Schlechte ist Brüssel verantwortlich“ müsse endlich aufhören.

Die Zukunft des Einigungsprozesses nach dem negativen irischen Referendum

Mit der Frage, wie es nach dem „Nein“ im irischen Referendum



Landeshauptmann a. D. Univ.-Dozent Dr. Franz Schausberger

sungskonvent eingebracht, die auch zum großen Teil übernommen wurden. Besondere Verdienste habe sich der AdR auch bei der Heranführung der neuen Mitgliedsstaaten an die EU erworben. Er habe zahlreiche Kontakte und Partnerschaften vermittelt. Hinzuweisen sei auch darauf, dass der AdR mit daran arbeite, die Legitimationskrise der EU zu überwinden. Politiker aller politischen Ebenen seien aufgefordert, über die Handlungsmöglichkeiten der EU und über ihre

rendum über den Vertrag von Lissabon mit der europäischen Einigung weitergeht, befasste sich eingehend **Dr. Otto Schmuck**, Leiter der Europaabteilung des Landes Rheinland-Pfalz. Dieser Vertrag bringt deutliche Verbesserungen für die Demokratie und für die Handlungsfähigkeit der EU und ist Voraussetzung für weitere Beitritte zur EU. Er kann jedoch nur in Kraft treten, wenn alle 27 EU-Staaten zustimmen. Dies ist nach dem negativen Referendum durchaus fraglich.

Die Analyse des Ausgangs dieser Volksbefragung hat nach den Ausführungen des Referenten gezeigt, dass sich vor allem jüngere Menschen



Dr. Otto Schmuck (li.) und Moderator Karl Menzinger (re.)

und Menschen mit geringerer Bildung gegen den Vertrag von Lissabon ausgesprochen haben. Offensichtlich seien viele der irischen Stimmbürger nicht hinreichend über den Inhalt des Vertrags informiert gewesen. Nunmehr müsse nach Strategien zur Überwindung der sich abzeichnenden institutionellen Krise der EU gesucht werden. Hierzu gehört es nach den Ausführungen von Dr. Schmuck vor allem, dass die EU eine bessere Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger betreibt. Zudem müssten die Verantwortlichen auf allen

politischen Ebenen besser über die EU informieren. Schließlich sei es erforderlich, dass in Irland nach einer Zeit der Analyse und Diskussion eine erneute Abstimmung über den Vertrag von Lissabon vorgenommen wird.

Ein besonders guter Zeitpunkt hierfür sei die Europawahl im Juni des nächsten Jahres, denn dann seien die Iren in besonderem Maße durch die Parteien für europäische Themen sensibilisiert. Zudem sei eine höhere Beteiligung bei der Abstimmung abzusehen.

Christa mit Gold aufgewogen



Beim Europaforum erhielt die jahrzehntelange Mitkämpferin der EFB Österreichs und jetzige Schlossmanagerin Christa Hofmeister aus Feldbach das goldene Ehrenzeichen der EFB Ö aus den Händen des Präsidenten der EFB Dr. Friedhelm Frischenschlager. Mit Christa wurden ebenfalls Stadtrat a. D. Rudolf Fischer aus Dornbirn, OSR Erich Wörister aus Axams, Mag. Hans Trsk aus Weiz, Dr. Johannes Maier aus Klagenfurt und Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser aus Wien mit dem goldenen Ehrenzeichen der EFB ausgezeichnet. Herr HR Dr. Rudolf Grasmug aus Feldbach und Herr Mag. Christian Mandl aus Wien erhielten jeweils durch Frau Prof. Dr. Ursula Braun-Moser den Mérite Européen in Silber für ihre Verdienste um Europa. Wir Europäer gratulieren allen sehr herzlich.

„Von jeher besinnt sich die Oberbank auf Werte,
die sie für ihre Kunden zu einem berechenbaren,
verlässlichen und überraschungsfreien Partner macht.“

Franz Gasselsberger
Generaldirektor der Oberbank



Unabhängigkeit, Nähe, Vertrauen.
Säulen eines Erfolgsmodells – für Zeiten wie diese.



Die Oberbank bietet mit ihren engagierten
und qualifizierten Mitarbeitern in ihren 130
Geschäftsstellen in 5 Ländern kompetente
Betreuung vor Ort. Partizipieren Sie am
Oberbank Erfolgsmodell.

Oberbank
3 Banken Gruppe

„Kernproblem“ Irland: Eine historische Chance

Die EU-Granden stempeln den Inselstaat zum Sündenbock –
Kommentar der anderen von Christian Felber

Nach dem irischen „No“ zum Reformvertrag gefallen sich die EU-Granden in neoautoritären Posen und stempeln den Inselstaat zum Sündenbock. – Eine gleichermaßen symptomatische wie kurzsichtige Reaktion.

Mit Irland hat – nach Frankreich und Holland – ein dritter Souverän das neue EU-Vertragswerk abgelehnt. Statt daraus jedoch die demokratische Konsequenz zu ziehen, verfallen einige EU-Granden in neoautoritäre Posen. Irland wird zum Sündenbock gemacht und vorsorglich aus einem angedachten „Kerneuropa“ ausgeschlossen. Mindestanforderung der Logik: Frankreich und Holland müssten mitausgeschlossen werden, weil die Souveräne den zu 96 Prozent gleichen Vertragstext ablehnten. Hätten weitere Referenden stattgefunden, wer weiß, was vom „Kern“ übriggeblieben wäre.

Am Beispiel des Durchboxens des EU-Vertrages lässt sich der Zustand der Demokratie in der EU studieren: Sie wird immer mehr vom

Zweck zum Mittel. Sowohl das französische als auch das holländische Referendum wurden von Vertragsbefürwortern nur deshalb organisiert, weil sie sich eines Ja sicher waren. Es ging ihnen nicht um den Willen des Souveräns, sondern um die Bestätigung der eigenen Position.

Ähnlichen Geistes sind nun die EU-Regierungen, wenn sie 486 Millionen EU-BürgerInnen (99 Prozent) von der Abstimmung über den Lissabon-Vertrag ausschließen. Es geht ihnen nicht um die prinzipielle Überzeugung, dass ein Souverän nicht das letzte Wort haben dürfe, sondern um ihre Angst, ihre nicht mehrheitsfähigen Interessen nicht durchsetzen zu können. Gegen Referenden an sich haben die wenigsten Regierungen etwas: Seit 1990 haben in Europa 290 Volksabstimmungen stattgefunden. Auch die österreichische Regierung, die sich als leidenschaftlicher Fan der „repräsentativen Demokratie“ ausgibt, fordert ganz selbstverständlich ein Referendum

über den Türkei-Beitritt. In jedem der Fälle wird und würde das demokratische Mittel Referendum missbraucht: Es dient nicht dem Prinzip Souveränität, sondern dem jeweiligen Interesse der Regierungen, sich mal feiern zu lassen, mal über den Willen des Souveräns hinwegzusetzen und sich mal die Finger nicht schmutzig zu machen und die Drecksarbeit dem Volk zu überlassen. So wird Schritt für Schritt am Totalschaden der Demokratie gebastelt.

Umso peinlicher, als „mehr Demokratie“ und „Bürger-nähe“ zu den angeblichen Vorzügen des Lissabon-Vertrages zählen und die Menschen über die Zementierung des neoliberalen Marktprojekts und die dafür leider nötige Aufrüstung hinwegtrösten sollen. Doch der „größte Demokratieschub seit 20 Jahren“ (Othmar Karas) bringt auf EU-Ebene nicht einmal den Mindeststandard der Gewaltenteilung: Die Exekutiven der Mitgliedsstaaten, die Regierungen, bleiben der mächtigste Gesetzgeber. Das Parlament bleibt schwächstes

Organ, obwohl es als einziges direkt demokratisch legitimiert ist: Es dürfte in relevanten Politikfeldern (Außen- und Sicherheitspolitik, Euratom, Grundzüge der Wirtschaftspolitik) auch in Zukunft nicht mitentscheiden und in keinem Bereich Gesetze initiieren. Es dürfte die „Regierungsmitglieder“ weder vorschlagen noch einzeln abwählen. Das ist vielen Menschen zu wenig. Sie wollen spürbare Demokratie, keine Krümel zum Abspeisen.

Die fehlende Gewaltenteilung untergräbt auch in den Mitgliedsstaaten die Demokratie. Laut deutschem Bundesjustizministerium waren 1998–2004 satte 86 Prozent der Rechtsakte, die durch den Bundestag gingen, EU-Recht. Das deutsche Parlament vollzieht mehrheitlich nur noch, was die Regierung über den EU-Rat beschlossen hat, zum Teil ohne EU-Parlament. Ex-Bundespräsident Roman Herzog fragt in der „Welt“, ob man sein Land „überhaupt noch uneingeschränkt als eine parlamentarische Demokratie bezeichnen kann“.

Der Reformvertrag würde die Kompetenzen Brüssels noch vergrößern. In den Bereichen der „geteilten Zuständigkeit“ erhält Brüssel gesetzgeberischen Vorrang: Die Mitgliedsstaaten dürfen nur dann tätig werden, wenn Brüssel untätig bleibt. Wo bleibt das Subsidiaritätsprinzip? Mit der „Flexibilitätsklausel“ und dem „vereinfachten Änderungsverfahren“ kann Brüssel zusätzliche Kompetenzen an sich ziehen.

Die 17. Erklärung des Vertrages von Lissabon bestimmt auf Seite 436 (!), dass den EU-Verträgen „keine wie immer gearteten innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgehen können“, also auch nicht Verfassungsrecht. Angesichts dieser Tatsachen verkommt das Argument der Regierungen, die EU sei kein Staat, der Vertrag keine Verfassung und die Bürger der Nationalstaaten nicht zu befragen, weil deren Souveränität im Kern unangetastet bleibe, zur Augenauswischerei.

Wie ihr die zur Zeit stattfindende Finanzkrise 2008 verstehen könnt!

(Die Ähnlichkeit ist zufällig.)

Vor langer Zeit verkündete ein Mann in einem indischen Dorf, dass er jeden Affen um 10 \$ kaufen würde.

Die Dorfbewohner wussten, dass es im Wald sehr viele Affen gibt. Und so gingen sie in den Wald und fingen Affen.

Der Mann kaufte dann die ganzen Affen um den versprochenen Preis.

Als sich somit der Affenstand verringerte, suchten die Dorfbewohner nicht mehr sehr fleißig und gingen lieber ihrer alten Arbeit nach.

Daraufhin versprach der Mann, jeden Affen um 20 \$ zu kaufen.

Das hat die Menschen angemacht, und sie gingen in

den Wald und suchten und suchten.

Bald darauf sind die Affen im Wald sehr rar geworden und keiner suchte mehr richtig.

Und so verkündete der Mann, er würde jeden Affen um 25 \$ kaufen!

Es war schon sehr schwierig einen Affen zu erwischen!

Darum sagte der Mann, er kauft jetzt jeden Affen um 50 \$!

Aber da er geschäftlich in die Stadt müsse, wird ihn sein Assistent vertreten.

Als der Mann dann weg war, sagte der Assistent zu den Dorfbewohnern:

„Seht ihr die ganzen Affen

hier im Käfig, die der Mann kaufte? Ich verkaufe sie euch um 35 \$ und wenn der Mann morgen aus der Stadt kommt, könnt ihr ihm die Affen um die 50 \$ verkaufen. Super, oder?“

Die Dorfbewohner brachten daraufhin alles Geld, alles Ersparte, und kauften alle Affen um 35 \$. Nach diesem Geschäft haben die Dorfbewohner nie mehr wieder einen von den zwei Männern gesehen.

Nur die ganzen Affen waren wieder dort, wo sie am Anfang waren!

Willkommen an der Wall Street – das amerikanische, ökonomische Wunder!

Das Ausschalten der Souveräne war ja selbst dem EU-Konvent zu heiß, er wollte mehrheitlich, dass das Ergebnis in allen Mitgliedsländern abgestimmt werde. Doch der Wille des Konvents – Lehrstück EU-Demokratie – zählte nicht, das letzte Wort hatte das Präsidium (Regierungsvertreter), das die Referenden strich. Jean-Claude Juncker sagte wörtlich, er habe „noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als den Konvent“.

Die EU-Krise ist eine Krise zwischen den Eliten und der Bevölkerung. Die Regierungen werden diese Krise aus eigener Kraft nicht mehr lösen. Jeder Schritt ohne Bevölkerung ist ein Tritt tiefer in den Fettnapf der Bürgerferne. Europa muss von Grund auf neu gebaut werden – demokratisch. Ein erster Schritt wäre die Direktwahl eines Konvents, der einen neuen Vertrag ausarbeitet. Dieser muss dann von allen Souveränen angenommen werden.

Wenn die Bevölkerung in den Bau des europäischen Hauses eingebunden wird und mitbestimmen darf, wird ihre Identifikation mit der EU nachhaltig steigen. Auch weil ein direkt gewählter – und exklusiv für dieses Projekt reichenschaftspflichtiger Konvent – einen ganz anderen Vertrag schreiben wird als heute: Welcher direkt gewählte Konvent (der keiner Regierung gehorchen muss) wird gegen echte Gewaltenteilung sein? Gegen ein Parlament mit Gesetzesinitiativrecht? Und welcher Souverän gegen europäische Bürgerbegehren, die zu zwingenden Volksabstimmungen führen? Gegen soziale Konvergenzkriterien, Mindestlöhne und die Begrenzung der Ungleichheiten? Gegen faire Pflichten für Konzerne? Die „Irland-Krise“ ist eine historische Chance für die EU. („Der Standard“, Printausgabe, 17. 6. 2008)

Christian Felber, Buchautor und Attac-Mitbegründer, hat zuletzt bei Deuticke den Band „Neue Werte für die Wirtschaft“ publiziert und am Buchprojekt „Europa am Scheideweg. Kritik am EU-Reformvertrag“ mitgearbeitet (VSA, 2008).

Linz am Schwarzen Meer

Im Sinne des Umweltschutzes plant die voestalpine ein weiteres Stahlwerk in Ergänzung zum Standort Linz in der Schwarzmeer-Region, dem Mündungsgebiet der Donau.

Wie Generaldirektor Dr. Wolfgang Eder bei seinem Vortrag am 20. Oktober 2008 im Linzer Stahlwerk ausführte, hat zwar die voestalpine Stahl GmbH durch hohe Investitionen (Linz 2010 und L6) die Entwicklung des Standortes Linz massiv vorangetrieben, ein weiterer Werksausbau in Linz stößt jedoch an Grenzen.

Das Werksgelände beschränkt die Logistik des Standortes Linz und kämpft heute in der Schwergewichtsklasse mit 5 Mio. t/a Fertigprodukten, die rd. 15 Mio. t/a Rohstoffe erfordern, die von weit herantransportiert werden müssen und so die Umwelt belasten.

Der zukünftige Mengenbedarf bestehender Kunden könnte trotz getätigter hoher Investitionen am Standort Linz nicht begleitet werden.

Ein Markt für etwa 5 Mio. t/a Qualitätsstahlprodukte zeichnet sich künftig ab, und die Begleitung der voestalpine Kunden in „neue“ Märkte ist notwendig.

Starke Wachstumsmärkte liegen nicht nur in China und Indien, sie liegen auch im Schwarzmeerraum, direkt vor den Toren Europas.

Der Schwarzmeerraum ist mit einem Marktwachstum von 5 bis 7 % p. a. neben China und Indien die am stärksten wachsende Region weltweit. Diese Region hat durch die Donau eine exzellente logistische Verbindung zu Linz und ist mit einem vergleichsweise geringeren Risiko behaftet als etwa Standorte in Indien oder in China. Der Flachstahlbedarf in der Schwarzmeerregion steigt bis 2016 von heute rund 27 Mio. t auf über 50 Mio. t/a.

Welcher der vier untersuchten Standorte in der Schwarzmeerregion zum Tragen kommt, wird derzeit noch studiert. Dabei stehen folgende kritische Erfolgsfaktoren auf dem Prüfstand:

- Europäische CO₂-Politik
- Personalbeschaffung und -qualifizierung
- Finanzierung
- Grundstückssicherung

Aufgrund der kritischen Verfassung der Finanzmärkte und der daraus resultierenden Unsicherheit über die globale Entwicklung der Realwirtschaft musste die Entscheidung über den Bau eines neuen Stahlwerks am

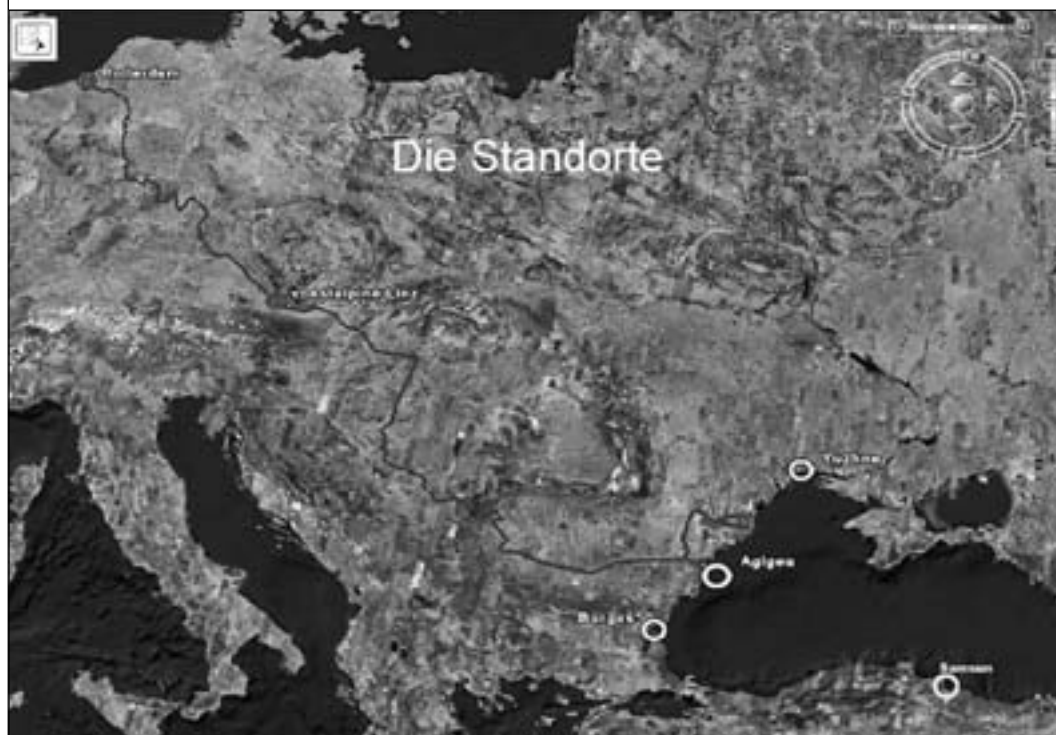


Schwarzen Meer verschoben werden.

Vier mögliche Standorte am Schwarzen Meer (Bulgarien, Rumänien, Türkei, Ukraine) werden geprüft:

Bei der Auswahl eines der vier Standorte sind folgende strategische Standortüberlegungen abzuwägen:

- Geeigneter, „günstiger“ Küstenstandort zur Schaffung von optimalen inner- und außerbetrieblichen Logistikabläufen
- Infrastrukturelle Voraussetzungen (Energie/Schiene/Straße) bis zur Grundstücksgrenze (müssen seitens der Länder zur Verfügung stehen)
- Intensive synergetische Verbindung der Standorte Linz und Edelweiß
- Großstadtnähe (Personalverfügbarkeit)
- EU-kompatible Förderungen
- Politische und rechtliche Stabilität



Der europäische Integrationsprozess muss weitergehen

Pahr, Frischenschlager, Neisser und Fasslabend zum irischen Nein



Heinrich Neisser, Präsident der Europäischen Bewegung Österreichs (EBO), fordert die Weiterführung des Ratifikationsprozesses, „denn er stimuliert in den jeweiligen Mitgliedsstaaten einen Diskussionsprozess, welcher klar zeigt, wie die Bürgerinnen und Bürger zum Vertrag stehen“. Der Auftrag an die nationalen Regierungen sei klar: Sie dürfen nicht abwarten und eine Nachdenkpause einlegen. „Von ihnen ist jetzt gefordert, dass sie ein Offensivkonzept für ein vereintes Europa entwickeln und alle Vorteile und Notwendigkeiten einer europäischen Integrationspolitik in einem Katalog zusammenfassen und präsentieren“, so Neisser. Denn in Irland habe sich klar gezeigt, dass der Widerstand gegen den Vertrag nicht nur eine nationale Angelegenheit sei, sondern auch europaweit unterstützt werde.

„Das irische Nein zum Vertrag von Lissabon stellt einen schweren Rückschlag dar und ist bedauerlich. Es darf aber kein Grund zur Resigna-



tion sein“, fordert Willibald Pahr, Ehrenpräsident der Europäischen Bewegung Österreichs (EBO). „Wir müssen uns weiterhin für die Stärkung des Parlamentarismus auf europäischer und nationaler Ebene und für mehr Rechte für die Bürgerinnen und Bürger mit Nachdruck einsetzen“, so Pahr weiter. Das irische Referendum zeige, dass es nicht gelungen ist, einem breiten Kreis der Bürgerinnen und Bürger Europas die Fortschritte bewusst zu machen.

„Das Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäischen Institutionen ist nicht gegeben, das zeigt das irische Votum“, meint Werner Fasslabend, Präsident der Europäischen Föderation der Europahäuser (ÖFEH). Es sei Aufgabe der europäischen Regierungen und der europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, dieses Vertrauen herzustellen. „Man ist an einem Scheidepunkt angelangt. In den nächsten Tagen und Wochen gilt es zu klären, ob es auch in Zukunft einen



Weg gibt, den alle gemeinsam zu gehen bereit sind, oder ob man zu einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten zurückfällt.“

„Es ist absolut lächerlich, wenn irgendjemand den Europäerinnen und Europäern einreden will, dass alle politischen Herausforderungen der Gegenwart durch Einzelpolitiken der europäischen Staaten gelöst werden könnten. Alle Politikerinnen und Politiker sind nun gefordert, klare und nachvollziehbare Akzente zu setzen, um den Menschen zu erklären, dass es keine Alternative zu Europa gibt“, fordert Friedhelm Frischenschlager, Präsident der Europäischen Föderalisten Österreichs (EFB). „Eines ist klar: Die nächste Wahl zum Europäischen Parlament darf nicht zu einer Abstimmung über nationale Politik verkommen, sondern muss eine politische Auseinandersetzung über Sinn, Aufgaben und Zukunft der europäischen Einigung werden“, so Frischenschlager weiter. „Ich bin nach wie vor



davon überzeugt, dass Europa einen besseren rechtlichen Rahmen braucht. Dieser kann nur durch eine Verfassung verwirklicht werden“, erläutert Frischenschlager. „Diese muss für die Menschen klar und verständlich sein und die Grundregeln der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten und der Institutionen sowie die Europäische Charta der Menschenrechte enthalten“, so Frischenschlager abschließend. Einig sind sich die Vertreter der pro-europäischen Organisationen, dass das irische Votum die Weiterentwicklung der europäischen Integration nicht aufhalten darf.

Rückfragehinweis:

Europäische Föderalistische Bewegung Österreich (EFB)
Union der Europäischen Föderalisten (UEF)

Daniel Gerer oder Günter Lindner

Tel.: +43-699-12 35 56 63

oder +46-699-10 40 40 55

E-Mail: office@efb.at

Web: www.federaleurope.org



© Stephanie Hofschlaeger / PIXELIO

Die Attac-Falle für Demokratie und Europa

Warum „ein Spatz in der Hand mehr wert ist als eine noch so visionäre Taube auf dem EU-Dach“ – Kommentar der anderen von Friedhelm Frischenschlager und Volker Kier

Eine provozierte Widerrede in der Diskussion um die Konsequenzen des irischen „No“ zum Reformvertrag.

An sich ist Sendungsbewusstsein durchaus eine Tugend. Als Legitimation dafür, mehr als nur bedingt miteinander verknüpfbare Argumente als Summe der Weisheit anzupreisen, ist Tugendhaftigkeit aber zu wenig, wenn zugleich Sachkunde und Augenmaß fehlen. Und genau das ist die Schwäche von Christian Felbers Argumentationskonglomerat in seinem Kommentar zum Irischen „No“ zum Reformvertrag von Lissabon („Der Standard“, 17. 6. 2008). Seine Attacke – oder sollte man vielleicht sagen „Attac-Kampagne“ – stützt er auf drei Hauptvorwürfe: Der Vertrag bringe zu wenig an mehr Demokratie, bedeute zudem eine „Zementierung des neoliberalen Marktprojekts“ und Zwang zur „Aufrüstung“. Sein Jubel über das Iren-Nein führt ihn schnurstracks zum Vorwurf, die bösen „EU-Granden“ möchten Irland aus einem „Kerneuropa vorsorglich ausschließen“.

Offensichtlich verträgt es sich mit dem Demokratieverständnis eines Attac-Mitbegründers, dass – nachdem es für sich „No“ gesagt hat – Irland zwar alle anderen an weiteren Integrationsschritten blockieren können soll, diese aber ohne Irland auch nicht weitergehen dürfen sollen. Nein, die sind böse, weil sie Irland – das nicht einmal den Lissabon-Vertrag akzeptiert – in weitere Integrationsschritte nicht mehr einbeziehen könnten. Felber meint also, das Iren-Nein sei eine demokratiepolitische Legitimation, für alle zu bestimmen, ob und wie schnell es weitergehen darf. Das ist ja ein bekanntes Bild: Das Geleitzug-Prinzip – der Langsamste entscheidet über den weiteren Weg der EU.

Die Iren haben – wie jeder andere EU-Staat auch – das gute Recht, zu entscheiden, ob sie mitgehen oder nicht. Es stellt aber die Demokratie auf den Kopf, wenn sie allen an-

deren die Zukunft der EU diktiert werden können wollten. Es sei denn, die repräsentative Demokratie wird per se als minderwertiger angesehen als direkte Demokratie, etwa durch Referenden. Das wäre eine eigene Auseinandersetzung mit Attac wert. Aber noch sind Regierungen und Parlamente in den EU-Mitgliedsstaaten demokratisch legitimiert, noch sind die Einwände gegen direktdemokratische Instrumente nicht unberechtigt – das jüngste irische Referendum liefert einige Argumente dafür. Immerhin waren „nationale Interessen“, wie etwa die Straffreiheit der Abtreibung, der Verlust des ständigen irischen Kommissars durch die Verkleinerung der Kommission sowie die mit der notwendigen Kompetenzerweiterung der EU verbundene Verlagerung von Souveränitätsrechten, ganz offenkundig ausschlaggebend für das Nein.

Der Hauptvorwurf an Felber und Attac ist, dass einerseits eine Demokratievision für die EU vorgegaukelt wird, die so tut, als funktioniere die EU bereits wie eine parlamentarische Demokratie, andererseits aber mit der Ablehnung des Lissabon-Vertrages Schritte in Richtung einer demokratischeren, handlungsfähigeren, den politischen Notwendigkeiten besser entsprechenden EU aus ideologischen Gründen abgelehnt werden. Damit leistet Felber all den Neonationalisten, „Mein Land zuerst“-Populisten, den Ruf nach einer Rückkehr zu mehr Protektionismus etc. aus scheinbar edelsten Motiven wirksam Vorschub.

Dass der Lissabon-Vertrag ein Mehr an Demokratie, Parlamentarismus, Grundrechten und politischen Zielbestimmungen für eine sozialere, ökologischere EU enthält, weiß Felber genau. Zu wenig, zu diffus, nicht weitgehend genug – wohl wahr. Ein bescheidener Schritt eben, aber in die richtige Richtung. Warum also dieser fanatische Kampf zuerst gegen den Verfassungsentwurf und jetzt gegen den bescheidenen Re-

formvertrag – nach acht Jahren Debatte seit Nizza 2000? – Felber schreibt es selbst: Weil „(...) mehr Demokratie (...) die Menschen über die Zementierung des neoliberalen Marktprojektes und die dafür leider nötige Aufrüstung hinwegtrösten soll“.

Aber: Bringt der Lissabon-Vertrag tatsächlich irgendeine neue Qualität an „Turbokapitalismus“? Natürlich nicht. Er wiederholt die wirtschaftspolitischen Prämissen, wie sie seit den Römer Verträgen feststehen und weiterentwickelt wurden (Binnenmarkt, „vier Freiheiten“, Währungsunion/Euro etc.), die sich – nehmt alles nur in allem – bewährt haben. Einer der besten Belege dafür ist nebstbei die ökonomische Integration Irlands. Natürlich besteht auch hier Reformbedarf. Wir stehen – global – inmitten ungeheurer ökonomischer, sozialer und daher politischer Probleme. Auch die EU. Und natürlich bestehen die Hauptherausforderungen für die Politik in der Bestimmung von Grenzen und der politischen Rahmensetzung des Wachstums, der Marktwirtschaft, der vier Freiheiten, im Sinne sozialer, ökologischer und solidarischer Lebensgrundlagen, also der dafür unverzichtbaren politischen Kurskorrekturen.

Das alles bringt der Lissabon-Vertrag nicht per se. Für das politische Ringen um diese Gegenwartsfragen braucht es aber gemeinsame Strukturen auf europäischer Ebene: demokratisch und rechtsstaatlich, handlungsfähig, eine „Verfassung“ eben. Und auf dem Weg dahin – als Zwischenschritt – den Lissabon-Vertrag. Oder glaubt irgendjemand wirklich, ohne diese – bescheidene – Reform, also bei fortgesetzter Selbstblockade, wird es weniger Sozial- und Steuereumping, eine vernünftiger Energie- und Klimapolitik geben? Die Reise geht doch seit Jahren eindeutig in Richtung Renationalisierung, Entsolidarisierung, Neoprotektionismus,

und „nach Irland“ wohl umso mehr. Natürlich wäre weder der Verfassungs- noch der Lissabonner Vertrag eine Garantie für geänderte politische Grundlinien auf vielen Gebieten. Aber eines steht fest: Gemeinsame Politiken auf EU-Ebene bergen wenigstens die Chance für Lösungen. Die Resultate hängen – auch weiterhin – von der Redlichkeit des politischen Diskurses und der darauf fußenden Willensbildung ab. Das Zurückgleiten in Einzelstaatspolitik wäre die Garantie für (noch) mehr nationale Rücksichtslosigkeit, Sozial-, Umwelt-, Steuereumping etc.

Und dann ist da noch das Gespenst der „Aufrüstung“: Wer militärische Sicherheit per se aus pazifistischen Gründen ablehnt, hat mit dem Reformvertrag keine Freude, das ist zu verstehen. Wer aber – realistischerweise – neben all den nichtmilitärischen Gewaltverhinderungsinstrumenten auch militärische Kapazitäten für unvermeidbar hält, muss froh sein, wenn das System nationaler Armeen wenigstens tendenziell von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik abgelöst wird. Schade, dass das als „Aufrüstung“ diffamiert wird.

Einem Attac-Aktivisten ist dies alles ein Gräuelfeld. Er meint, wir haben alle Zeit, weil so oder so „Europa von Grund auf neu gebaut werden muss – demokratisch“. Fein. Wie stellt er sich das vor? Ein demokratisch gewählter Konvent arbeitet eine Verfassung aus, ähnlich einer innerstaatlichen, mit voller Gewaltenteilung, also einer EU-Regierung, einem EU-Parlament mit allen Rechten, mit viel direkter Demokratie. Dem kann vollen Herzens beigepflichtet werden. Ein Traum – seit Churchills berühmter Züricher Rede, als er den „Europäischen Bundesstaat“ visionär entwarf. Und Felber weiß auch jetzt schon genau, dass diese EU dann „soziale Konvergenzkriterien, Mindestlöhne, faire Pflichten der Konzerne“ beschließen wird. Auf der Grundlage von ein/e Europäer/in – eine Stimme? So ganz im Sinne einer alleuropäischen, übernationalen politischen Identität? Da sollte ihn gerade „Irland“ vorsichtig sein lassen: Noch sind die Mitgliedsstaaten die „Herren der Verträge“ – und nicht ein

europäischer Volkssouverän, leider. Noch stimmen die Bürger – wie in Irland – primär aus oft kurzfristigem „nationalem Interesse“ ab. Kein Wunder, insbesondere in (nicht nur) wirtschaftlich unruhigen Zeiten ist der emotionale Rückzug in die nationalstaatliche Fluchtburg noch immer „populärer“ als eine konsequente Vorwärtswirtschaftliche Entwicklung in kleinen Schritten auf ein integriertes, demokratisches Europa zu.

Damit sind wir beim Ausgangspunkt: Es ist eine Chuzpe, mit einer vorgegaukelten Vision von gesamt-europäischer Demokratie und europäischer Bürgerschaft eine Vertragsänderung abzulehnen, die einen unverzichtbaren Reformschritt zu mehr politischer Handlungsfähigkeit und Demokratie eröffnet. Manchmal ist ein realer Spatz in der Hand mehr wert als eine

noch so visionäre Taube auf dem EU-Dach.

An der Entwicklung zu einer solidarischen, über eine Wirtschaftsgemeinschaft hinausgehenden politischen Union, basierend auf einer europäischen Bürgerschaft, müssen wir noch lange arbeiten. Aber bis dahin bitte ein Ja zu bescheidenen, doch notwendigen Reformschritten auf dieses Ziel hin, wenn es in der Argumentation wirklich um Europa gehen soll und nicht um eigentlich andere ideologische Motive. („Der Standard“, Printausgabe, 26. 6. 2008)

Friedhelm Frischenschlager, ehemals Mitglied des EU-Parlaments, ist Präsident der Europäischen Föderalistischen Bewegung in Österreich; Volker Kier, ehemals NR-Abgeordneter des Liberalen Forums, ist Unternehmensberater in Wien.

Opa gegen Europa

Während die alte Generation schreit, blicken die Jungen optimistisch in die europäische Zukunft. Negativität stößt auf Interesse.

Im Frühjahr 2008 waren in Wien Demonstrationen, die in einem Punkt ungewöhnlich erschienen. Da versammelten sich tausend Menschen und schrien Parolen für mehr Demokratie, und doch waren diese Kundgebungen anders. Die Demonstranten waren im Schnitt über fünfzig, junge Rebellen und Radikale waren die Ausnahme. Die Rede ist von den Demonstrationen gegen den Reformvertrag der Europäischen Union (EU). Nachdem dieser im Parlament ratifiziert wurde, bleibt ein fahler Nachgeschmack. Wieso löst der Vertrag so viele Emotionen in der älteren und so wenige in der jüngeren Generation aus? Gerade die ältere Generation kam im 20. Jahrhundert durch zwei Weltkriege in große Bedrängnis. Sind 60 Jahre Friede in Europa durch die EU kein Erfolg? Unwissenheit jagt vielen Menschen Angst ein.

„Verengung des Informationskanals“

Die „Kronen Zeitung“ mit täglich über drei Millionen Le-

sern schaltete über Monate hinweg eine gezielte Kampagne gegen den Reformvertrag und für eine Volksabstimmung. Rein objektive Berichte über Europapolitik waren in der „Krone“ kaum zu finden. Großteils werden Leserbriefe von EU-Gegnern publiziert. Dichand will vermutlich mit aller Macht in die EU-Schlacht.

Die zweite Informationsquelle für die meisten Österreicher stellt neben der „Kronen Zeitung“ der ORF dar. Und genau hier sieht Fritz Plasser, Politikwissenschaftler und Professor an der Universität Innsbruck, eine Resignation gegenüber der EU-Berichterstattung.

„Journalisten und Journalistinnen wissen aus leidvoller Erfahrung, dass längere Fernsehberichte Zehntausende zum Abschalten bringen. Keine Kritik, sondern eine Beobachtung von mir ist, dass nicht alle journalistischen Vermittlungsformate ausgereizt wurden. Hier ist mein Eindruck, dass zu früh eine Resignation stattgefunden hat“, meint Plasser.

Die Auswirkung der zwei Informationsquellen der Österreicher – die „Kronen Zeitung“ und der ORF – vergleicht Plasser mit einer „Verengung

des Informationskanals“. Die „Kronen Zeitung“ würde dann Vorurteile nicht „schaffen, sie sind ohnehin da, aber sie werden angesprochen und formuliert“.

Todesstrafe in düsterer EU-Zukunft

In den letzten Monaten rankten sich um den EU-Reformvertrag Mythen, die vor allem von Politikern der FPÖ und des BZÖ aufgebracht wurden. Die Todesstrafe werde wieder eingeführt, Deutsch als Amtssprache abgeschafft, die Neutralität könne begraben werden – Österreich stehe einer düsteren Zukunft gegenüber. Während sie noch 2005 für den EU-Verfassungsvertrag gestimmt hatten (er wurde im Nationalrat mit nur einer Nein-Stimme abgelehnt), sehen sie nun im abgeschwächten Reformvertrag eine Bedrohung und fordern mehr Demokratie. Doch nicht nur von politischer Seite wurde vor allem die ältere Generation mobil gemacht.

Mobile und internationale Jugend

Als der Beitritt zur Europäischen Union 1995 mit Zweidrittel-Mehrheit entschieden wurde, galten die Unter-25-Jährigen als skeptische Bevölkerungsgruppe. Nur zwei Jahre später drehte sich das Blatt – während heute die Angehörigen der jüngeren Generation die stärksten Befürworter der Europäischen Union sind, äußert die ältere Generation laute Kritik an der Mitgliedschaft.

Plasser sieht drei Faktoren, die für den positiven Zugang zur EU entscheidend sind. Zum einen definiere die junge Generation Österreich nicht mehr aus nationalstaatlich ausgerichteten Bildern wie denen der Nachkriegszeit und der Neutralität. Zum anderen sei sie weit mobiler und besitze eine internationale Perspektive. Und schließlich, meint Plasser, sei die „jüngere Generation die am besten informierte und qualifizierte Generation in der Geschichte Österreichs“.

Aus einer Umfrage im Jahr 2007 wurde ersichtlich, dass nur jene Menschen die Mitgliedschaft zur Europäischen Union befürworten, die einen eigenen Nutzen daraus erkennen können. Für die junge Generation seien das etwa Aus-

bildungs- und Jobchancen, doch gerade ältere Personen würden keine Vorteile erkennen. Eine Ausweitung der Informationsmöglichkeiten – sei es im Print oder im Fernsehen – könnte nach Meinung von Politikern und Wissenschaftlern die EU auch bei älteren Personen wieder attraktiver machen.

Politikwissenschaftler Fritz Plasser über das Bild der EU und die Rolle der „Kronen Zeitung“

WE: Seit 1997 sind die Unter-25-Jährigen die stärksten Befürworter der EU. Ältere, vor allem mit niedrigerem Bildungsgrad, stehen hingegen vermehrt negativ der EU gegenüber. Wie kann diese Kluft erklärt werden?

Fritz Plasser: Es gibt dafür mehrere Erklärungen. Bei den Angehörigen der jüngeren Generationen stehen nationalstaatlich ausgerichtete Bilder wie die Nachkriegsbilder und „Österreich ist die Neutralität“ nicht mehr so im Vordergrund. Was nicht heißt, dass sie nicht auf ihre Art ein sehr emotionales Österreichbild haben, aber es ist eben nicht mehr fixiert auf die Selbstbilder der 50er- und 60er-Jahre. Zum anderen ist es eine weit mobilere Generation, auch was die Fremdsprachen-Kenntnisse und die Auslandserfahrungen betrifft. Das müssen nicht nur Forschungs- oder Schulaufenthalte sein. Sie hat eine insgesamt weit internationalere Perspektive, die sich auch in Vorlieben widerspiegelt. Ob es die Musik ist, der Sport oder die Literatur. Und es hat auch etwas damit zu tun, dass die Angehörigen der jüngeren Generation die vermutlich am besten informierte, qualifizierte Generation in der Geschichte Österreichs ist. Das ist nicht unmittelbar ihr persönlicher Verdienst, sondern das hängt mit dem Informationsangebot, dem Medienangebot, letztlich aber auch mit der Qualitätszunahme des Bildungs- und Ausbildungssystems zusammen.

WE: Objektive Berichte über die Europäische Union scheinen auf nur wenig Interesse zu stoßen. Hingegen hat die „Kronen Zeitung“ mit ihrer Berichterstattung viel Erfolg bei den Lesern. Warum?

Fritz Plasser: Sie sprechen die unglaublich schwierige Vermittelbarkeit von euro-

päisch-politischen Themen an und damit auch der Institution der Europäischen Union. Journalisten und Journalistinnen wissen aus leidvoller Erfahrung, dass im Fernsehen längere Berichte Zehntausende zum Abschalten bringen. Und so ähnliche Erfahrungen gibt es sicher auch im Printsektor. Bis jetzt wurde kein praktischer Vermittlungszugang gefunden, die tatsächliche Realität der Europäischen Union – mit ihren Vorteilen und Nachteilen – für LeserInnen und HörerInnen in interessanter Form zu vermitteln. Der andere Weg ist, sich an Stereotypen zu bedienen und Vorbehalte zu berühren. Das macht die „Kronen Zeitung“ seit vielen Monaten. Diese Negativität, die Vorurteile bestätigt, stößt sehr wohl auf Interesse.

WE: Warum wurde noch kein ansprechender Vermittlungszugang gefunden?

Fritz Plasser: Mein Eindruck ist, dass im professionellen Journalismus zu früh eine Resignation stattgefunden hat. Wenn ich mir etwa den ORF ansehe, würde ich nicht behaupten, dass alle Vermittlungsformate bereits ausgereizt wurden. Das ist nicht eine Kritik, sondern eine Beobachtung von mir. Vielleicht wurde zu wenig darüber nachgedacht, welche journalistischen Vermittlungswege es denn überhaupt gibt. Und ich sage jetzt nicht, im Auftrag der Informationsabteilung der Europäischen Union. Das sind dann diese offiziellen Kampagnen, die – wenn wir auf die Daten des Euro-Barometers sehen – de facto nichts gebracht und mehr gekostet haben.

WE: Welchen Anteil hat die „Kronen Zeitung“ an der aufgeheizten Stimmung gegen die EU?

Fritz Plasser: Zum einen muss man sich die Reichweite der „Kronen Zeitung“ ansehen, täglich fast drei Millionen. Zweitens muss man wissen, dass die „Kronen Zeitung“ bei ihren StammleserInnen eine außergewöhnlich hohe Glaubwürdigkeit hat und eine ganz besondere Leserblattbindung herrscht. Und drittens gibt es einen nicht zu kleinen Bevölkerungsteil, der seine Informationen über das politische Geschehen nur aus

zwei Quellen bezieht – das sind die ORF-Nachrichtensendungen und im Print ist es die „Kronen Zeitung“. Daraus resultieren eine Verengung des Informationskanals und verstärkende Effekte ohnehin latenter Vorurteile. Die „Kronen Zeitung“ schafft Vorbehalte vielleicht nicht, die sind ohnehin da, aber sie werden angesprochen, sie werden formuliert. Damit sage ich nicht, die „Kronen Zeitung“ hätte eine Hauptschuld an einer doch sehr ausgeprägten EU-Skepsis, aber sie verstärkt sehr wohl, sie aktualisiert immer wiederum. Und konterkariert damit Bemühungen anderer Medien zu einer etwas differenzierteren Darstellung.

Europa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Europa hat sich in 50 Jahren verändert – die Welt aber auch.

In einer globalisierten Welt, die in ständigem Wandel begriffen ist, muss sich Europa mehr als je zuvor neuen Herausforderungen stellen. Die Globalisierung der Wirtschaft, die demografische Entwicklung, der Klimawandel, die Energieversorgung oder die neuen Bedrohungen unserer Sicherheit – genug Probleme, die Europa im 21. Jahrhundert anpacken muss.

Die Mitgliedsstaaten können all diese neuen, Grenzen übergreifenden Herausforderungen nicht mehr allein bewältigen. Deshalb ist ein gemeinsamer europäischer Einsatz nötig – die Sorgen der Bürger müssen ernst genommen werden. Eine Modernisierung Europas drängt sich auf. Wir brauchen effiziente und aufeinander abgestimmte Instrumente – nicht nur für das Funktionieren einer von 15 auf 27 Mitglieder erweiterten Union, sondern auch zur Anpassung an die raschen Umwälzungen in der heutigen Welt. Die vertraglichen Regeln für unser Zusammenleben in Europa müssen neu gefasst werden.

Dies ist das Ziel des am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichneten Vertrags. Dort haben sich die Staats- und Regierungschefs – unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen und in der Absicht, die Hoffnungen der europäischen Bürger zu erfüllen – auf neue Regeln geeinigt, in denen festgelegt ist, was die künftigen Aufgaben-

bereiche der Union sind und wie sie funktioniert. So ermöglicht es der Vertrag von Lissabon, die europäischen Institutionen und ihre Arbeitsverfahren anzupassen, die demokratische Legitimität der Union zu stärken und das Fundament ihrer Grundwerte zu festigen.

Der Vertrag von Lissabon ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten auf einer Regierungskonferenz, an der auch die Europäische Kom-

mission und das Europäische Parlament teilgenommen haben. Bevor er in Kraft treten kann, muss der Vertrag von allen 27 Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Die Art der Ratifizierung legen die Mitgliedsstaaten nach den jeweiligen Bestimmungen ihrer Verfassung selbst fest.

Nach der Zielsetzung der Mitgliedsstaaten sollte der Vertrag am 1. Januar 2009 in Kraft treten, einige Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Leserbrief an die „Kronen Zeitung“,
der nicht veröffentlicht wurde:

EU-Reformvertrag 2007 – mehr Demokratie auf EU-Ebene!

In zahlreichen Vortrags- bzw. Informationsveranstaltungen hat das Europahaus Linz mit anderen Organisationen darüber diskutiert, dass der EU-Reformvertrag, welcher am 13. 12. 2007 in Lissabon unterzeichnet wurde, prinzipiell das demokratische Funktionieren der EU nach der Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten besser gewährleisten soll, nachdem die Ratifizierung des seinerzeitigen Verfassungsvertrages als gescheitert zu sehen war.

Der EU-Reformvertrag 2007 bietet nun tatsächlich mehr Bürgerrechte, da er der EU eine Rechtspersönlichkeit zuerkennt, womit sie der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates beitreten kann.

Erstmals wird ein europäisches Volksbegehren als Element der direkten Demokratie auf europäischer Ebene möglich, wenn eine Million Unterschriften europäischer Bürger und Bürgerinnen die Kommission auffordern, einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten.

Das Europäische Parlament, das wir alle 5 Jahre direkt wählen, erhält zu 95 % nahezu die volle Mitwirkung bei der EU-Gesetzgebung. Zusätzlich erhält es Kontrollbefugnisse, wie etwa die Wahl des Präsidenten der EU-Kommission und muss der Ernennung aller weiteren Kommissionsmitglieder zustimmen.

Der Föderalismus wird im besonderen im EU-Reform-



Dr. Franz Kremaier,
gf. Vorsitzender Europahaus Linz

vertrag berücksichtigt, dass klar verbrieft ist, dass die öffentlichen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – die Daseinsvorsorge (z. B. Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, soziale Dienste, Gesundheitsleistungen etc.) – in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten, Regionen (Bundesländer) und Kommunen (Gemeinden) fallen.

Ja es geht sogar so weit, dass die Mitgliedsstaaten jederzeit beschließen können, dass Kompetenzen (Zuständigkeiten) von der EU wieder auf nationale Ebene zurückgenommen werden. Außerdem bleiben jene Kompetenzen, die nicht ausdrücklich der EU zugeordnet sind, bei den Mitgliedsstaaten.

Erstmals besteht auch für die EU-Gegner durch den Reformvertrag ein Recht der Mitgliedsstaaten, aus der EU freiwillig auszutreten und klärt das Verfahren des Austrittes.

Welche konkreten Taten dürfen wir erwarten, damit die EU-Skepsis in Österreich abnimmt?

Aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Werner Faymann vom 3. 12. 2008.



Foto: BKA/HBF Andy Wenzel

„Die Bundesregierung – und damit sind wir bei einem für uns alle sehr wichtigen Thema, nämlich dem Europäischen Einigungswerk – hat sich immer klar zur Europäischen Union und zur Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union bekannt. Ich kann Ihnen versichern, dass Österreich auch weiterhin eine aktive Rolle bei der Weiterentwicklung des Europäischen Integrationsprozesses einnehmen wird.

Wir werden uns im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger kreativ und selbstbewusst in diesen Prozess einbringen. Wir stehen für ein starkes Österreich in diesem geeinten Europa, und wir werden die Chancen, die uns die Europäische Union bietet, voll nutzen.

Die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union war für die erfolgreiche

Entwicklung unseres Landes ein wesentlicher Faktor. Gerade im Licht der derzeitigen Krise zeigt sich, wie wichtig sie für wirtschaftliche und soziale Stabilität in unserem Land ist. Die Zugehörigkeit zum Euro-System hat Österreich vor möglichen schwerwiegenden Folgen der Finanzkrise bewahrt. Nationale Maßnahmen sind in einer derartigen Situation natürlich notwendig und sinnvoll, aber erst durch eine koordinierte europäische Vorgangsweise, so wie wir sie beim Europäischen Rat nächste Woche vereinbaren wollen, können diese Maßnahmen ihre volle Wirksamkeit entfalten.

Immer wieder zeigen Umfragen allerdings, dass die Österreicherinnen und Österreicher dem europäischen Integrationsprojekt und der europäischen Politikgestaltung zunehmend skeptisch bis kritisch gegenüberstehen. Diese Sorgen und diese Kritik müssen wir ernst nehmen. Wir müssen uns verstärkt in jenen Politikbereichen auf europäischer Ebene engagieren, die

den Menschen spürbare Verbesserungen bringen.

Die österreichische Bundesregierung wird sich daher dafür einsetzen, gemeinsam mit den Partnern in der EU eine europäische Zukunftsoffensive zu entwickeln. Dies bedeutet vor allem ein stärkeres Engagement Österreichs in den Bereichen Wachstum, Beschäftigung und Soziales. Die Menschen in Europa erwarten ein deutliches Signal für die reale Wirtschaft, die Unternehmen und die Beschäftigten.

Die sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise müssen nachhaltig abgedeckt werden. Sozialer Zusammenhalt, Verteilungsgerechtigkeit, Vollbeschäftigung und Geschlechtergleichstellung müssen mit nachhaltiger Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Hand in Hand gehen.

Aber auch in zahlreichen anderen Bereichen muss die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis

stellen – Klimawandel, Umweltschutz, Energieversorgung – um nur einige zu nennen. Auch hier ist aktives und zielgerichtetes österreichisches Engagement gefragt.

Als Basis für diese Handlungsfähigkeit bleibt der Vertrag von Lissabon für Österreich ein wichtiger und bewahrenswerter Schritt. Ziel ist die rasche Inkraftsetzung und Umsetzung dieses Vertrages.

Neben den konkreten politischen Aktivitäten, die notwendig sind, um das Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher in die Europäische Union zu stärken, verpflichtet sich die österreichische Bundesregierung darüber hinaus zu einer umfassenden und kontinuierlichen Informationsarbeit zur EU und zu einem intensiven Dialog mit den Bürgern.

Es geht aber nicht nur um die internen Politikfelder der Europäischen Union, sondern

auch um unserer Engagement im Bereich der Außenbeziehungen und der künftigen Erweiterung der Europäischen Union. Die Bundesregierung unterstützt das Ziel der EU-Erweiterung durch Kroatien, wo wir für eine zielstrebige Fortsetzung und für einen raschen Abschluss der Verhandlungen eintreten. Die Bundesregierung wird darauf achten, dass der Erweiterungsprozess unter voller Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der EU sorgfältig und umsichtig gestaltet wird.

Kaum ein Wirtschaftsbe- reich ist so eng mit der Politik der Europäischen Union verbunden, wie die Land- und Forstwirtschaft. Es ist daher auch für die österreichische Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung, dass es der Europäischen Union gelingt, auf dem Weltmarkt ein eigenständiges, selbstbewusstes europäisches Agrarmodell zu entwickeln. In diesem soll die österreichische Landwirtschaft ein ökonomisches, ökologisches und soziales Aushängeschild sein.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Österreich im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eine klein strukturierte Landwirtschaft hat. Bei der Weiterentwicklung dieser gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 müssen daher diese Betriebe und diese Betriebsstruktur besonders berücksichtigt werden. Neben der Europäischen Union darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, dass bei den WTO-Verhandlungen der positiven Darstellung der gesamten Wertschöpfungskette der Land- und Forstwirtschaft besondere Bedeutung zukommt.

Der österreichischen Landwirtschaft kommt auch eine besondere Bedeutung als Lebensmittelproduzent sowie für die Tourismuswirtschaft zu. Die Erzeugung hochqualitativer Lebensmittel wird daher im Zentrum der Bemühungen stehen, ebenso der Ausbau der biologischen Landwirtschaft inklusive deren Förderung und Vermarktung.

Die österreichische Bundesregierung setzt sich weiter dafür ein, dass dem Wunsch der Bevölkerung nach Ablehnung gentechnisch veränder-

ter Lebensmittel Rechnung getragen wird.

Für die österreichische Landwirtschaft ist die energetische Nutzung von Biomasse von erheblicher Bedeutung. Insgesamt steht die österreichische Bundesregierung zu einer ambitionierten Klimapolitik, die zur Verringerung des Einsatzes von fossilen Energieträgern führt – und somit auch zu geringeren Emissionen von Luftschadstoffen.

Aus diesem Grund soll in einem Bundesklimaschutzgesetz eine Lastenverteilung mit den Ländern und den betroffenen Ministerien vorgenommen werden, die gesetzlich bindend ist. Darin sind einerseits die Klimaziele und andererseits die Verantwortlichkeiten festzulegen, um das Erreichen des EU-Reduktionsziels für das Jahr 2020 und für eine längere Perspektive zu sichern.

Der österreichische Klima- und Energiefonds hat sich bewährt. Er ist jährlich mit 150 Millionen Euro dotiert und soll fortentwickelt werden.

Was den europäischen Emissionshandel betrifft, so besteht im Interesse des Erhalts von Arbeitsplätzen und der Wertschöpfung ein Bekenntnis zur vollständigen Gratiszuteilung von CO₂-Emissionszertifikaten an international exponierte energieintensive Unternehmen.

Neben diesen Maßnahmen setzt die österreichische Bundesregierung auf den Klimaschutz im Gebäudebereich und tritt daher dafür ein, dass die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern für mehr Klimaschutz im Wohnbau so rasch wie möglich abgeschlossen und ratifiziert wird, sodass sie Anfang des nächsten Jahres in Kraft treten kann.

Wie auch in anderen Bereichen ist es Ziel der österreichischen Bundesregierung, die öffentliche Hand als Schrittmacher und Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung zu sehen. Die Bundesregierung setzt sich daher zum Ziel, die öffentliche Beschaffung nachhaltig zu gestalten und wird dazu konkrete Zielvorgaben erarbeiten.

Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben einen Anspruch auf den Schutz und die Sicherung ihrer Integrität. Dies betrifft sowohl die äußere Sicherheit als auch die Sicherheit vor Kriminalität im Inneren.“



© Gabi Schoenemann / PIXELIO

*Unseren Leserinnen und Lesern
die besten Wünsche
für ein gesegnetes Weihnachtsfest und
frohe Festtage im Kreis der Menschen,
die Ihnen am Herzen liegen,
ein friedvolles Neues Jahr,
viel Erfolg und Gesundheit,
verbunden mit dem Dank für Ihre Treue.*

Ein Buch in memoriam Professor Claus Schöndube

herausgegeben von Otto Schmuck für das Europahaus Marienberg



Otto Schmuck, der in das Buch für Claus Schöndube einführt, überreichte beim Europaforum Neumarkt das Erstexemplar an Karin Schöndube.

Claus Schöndube, dem es in einer einzigartigen Weise gelungen ist, seine Leser und vor allem auch seine Zuhörer für die Einigung Europas zu begeistern, wurde postum mit einem ihm gewidmeten Europabuch geehrt.

Seit den fünfziger Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts hat sich die politische Landschaft unseres Kontinents grundlegend verändert. Die Einigung Europas – damals noch das ferne Ziel einiger Aktivisten – ist heute weitgehend verwirklicht. Diese Erfolge wären kaum erreichbar gewesen, wenn sich nicht Persönlichkeiten mit einer außergewöhnlichen Überzeugungskraft und mit großem persönlichem Engagement beharrlich für das Ziel der Einigung Europas eingesetzt hätten. Zu diesem Personenkreis gehörte Claus Schöndube.

Mit Beiträgen seiner Freunde und Weggefährten, wie Gottfried Herbig, Heinrich Schneider und Sergio Pistone, werden das Lebenswerk von Claus Schöndube und seine besonderen Anliegen in Bezug auf die Entwicklung Europas zur Ideengeschichte des Europäischen Föderalismus und ihre Rezeption in der Föderalistischen Bewegung, vor allem in der Europa-Union Deutschland und in der europäischen Dachorganisation, der Union Europäischer Föderalisten, aus einer deutsch/österreichischen und aus einer italienischen Perspektive

verdeutlicht. Die Beiträge von Melanie Piepenschneider, Christoph Leitl, Heinrich Neisser und Otto Schmuck befassen sich – aus einer aktuellen Perspektive – mit den Themen, die für Claus Schöndube von besonderer Bedeutung waren: das Europäische Parlament, die Europäische Verfassung, der EU-Binnenmarkt und vor allem auch die Einstellungen der Europäer zum europäischen Einigungsprozess. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, würdigt Claus Schöndube in seinem Vorwort als einen leidenschaftlichen Verfechter des geeinten Europa. Ziel dieser Gedenkschrift ist es, die Ideen und Anliegen von Claus Schöndube den Europainteressierten in aktualisierter Form nahezubringen. Sein besonderes Anliegen war es immer, mit anderen über europäische Fragen zu diskutieren und sie von der Notwendigkeit eines starken, auf einer demokratischen Grundlage beruhenden Europa zu überzeugen. Die Menschen für Europa gewinnen – für ein Europa der Bürger zu motivieren.

IMPRESSUM:

Offenlegung: Grundlegende Richtung von „Wir Europäer“ ist die Förderung aller Bestrebungen zur friedlichen Integration Europas.

Medieninhaber: Europäische Föderalistische Bewegung und Bund Europäischer Jugend OÖ., Europahaus Linz

Herausgeber:

Vorstand der EFB OÖ.

Verlagsleiter: Dr. Franz Seibert
Redaktion: Dr. Franz Kremaier,
Josef Bauernberger,
alle 4010 Linz, Postfach 384.

Satz und Repros:

,pre.man. Elisabeth Prehofer, 4040 Linz

Druck:

Gutenberg-Werbering GmbH., Linz



WKÖ-Präsident Dr. Christoph Leitl gratulierte der Witwe Claus Schöndubes, Karin, sehr herzlich mit einem Blumenstrauß.

Zu beziehen über
Max Wratschgo, Europäische
Föderalistische Bewegung,
Jahnweg 5, A-8330 Feld-
bach, Tel. 0 31 52/24 97, Fax

DW 14, E-Mail: office@
europajugend.at
Ausgabe: 2008, 184 Seiten.
Schutzgebühr 6,80 Euro zzgl.
Versandkosten.

Dr. Franz Seibert 60 Jahre



Der geschäftsführende Landesobmann der EFB OÖ., Dr. Franz Seibert (Bildmitte), feierte kürzlich seinen 60er, wozu ihm der Bundesvorstand der EFB Ö herzlich gratulierte. Als Geschenk wurde Franz eine Statue der heiligen Barbara überreicht.

v. li. n. re.: Präsident der EFB Ö Min. a. D., Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dr. Franz Seibert, Ehrenpräsident der EFB Ö Max Wratschgo und Konsulent Josef Bauernberger.

Wir Europäer wünschen Franz noch viele erfolgreiche, europaaktive Jahre und danken ihm für sein Engagement.

Erscheinungsort Linz
Sponsoring Post
Verlagspostamt 4020 Linz
GZ02Z033982S

DVR: 064 86 55